

Hannes Androsch im Interview
OE24.TV Fellner! Live 12.01.2022

(Transkript)

Niki Fellner: Bei mir zu Gast ist jetzt der ehemalige Finanzminister und Unternehmer Hannes Androsch – schönen guten Abend.

Hannes Androsch: Danke für die Einladung und noch ein gutes, gesundes neues Jahr an alle Zuschauerinnen und Zuschauer und Sie.

Niki Fellner: Vielen Dank, natürlich an Sie auch, Herr Dr. Androsch. Und ich würde gern beginnen mit einem Thema, das derzeit sehr breit diskutiert wird in Österreich, und zwar die Impfpflicht. Das Impfpflicht-Gesetz soll eigentlich mit Februar starten. Es gab jetzt knapp 180.000 Einwände, die im Rahmen dieses Begutachtungsverfahrens eingebracht wurden und immer mehr Stimmen auch aus Ihrer Partei, aber auch von Seiten der Sozialpartner, die diese Impfpflicht oder zumindest dieses Gesetz sehr kritisch sehen und sagen, man sollte es zumindest verschieben. Was ist denn Ihrer Meinung nach? Kann dieses Impfpflicht-Gesetz wirklich wie geplant im Februar starten? Oder wäre es klüger, das jetzt einmal etwas nach hinten zu schieben?

Hannes Androsch: Also Impfpflicht kennen wir in Österreich schon lange. 1948 gab es ein einstimmig beschlossenes Impfpflicht-Gesetz gegen Pocken, noch immer in Gültigkeit. Es gab dann so etwas in den 70er-Jahren, und jeder erinnert sich, als Kind gegen alles Mögliche – ohne viel gefragt worden zu sein, geimpft worden zu sein. Nur, wenn wir heute den 12. Jänner schreiben und das ist noch nicht einmal im Ministerrat beschlossen und soll am 1. Februar in Kraft treten und umgesetzt werden für Zigtausende, dann ist das nicht praktikabel. Also Anspruch und Wirklichkeit, Wunsch und Umsetzung klaffen auseinander. Dann muss man es zumindest einmal machbar machen, sonst kommt ein administratives und justizielles Chaos heraus. Und das ist wieder ein Beispiel für zu wenig, zu spät, zu viel – also sozusagen eine populistische Konfusion.

Niki Fellner: Aber wäre dann nicht die pragmatische österreichische Lösung, dieses Gesetz zumindest einmal zu verschieben?

Hannes Androsch: Zuerst muss man einmal das Gesetz beschließen, und dann muss man auch schauen, wie man es umsetzt. Weil es genügt ja nicht, dass man ein Gesetz beschließt und dann schaut, was passiert. Da muss man ja vom Ende zurückdenken und sagen, wie setzt man es denn dann auch praktisch um. Also wenn die Fachleute sagen, das geht nicht vor April überhaupt, und wenn das Gleiche sich in Deutschland abspielt – welches Wunder soll denn passieren, dass man aus dem Stand 100 Meter hochhüpft? Die Kräfte hat keiner von uns und auch die Administration in dem Fall nicht.

Niki Fellner: Wer ist denn schuld daran Ihrer Meinung nach, dass das nicht funktioniert?

Hannes Androsch: Es geht nicht um Schuld. Dass eben alles unbedacht gemacht wird, ad hoc, zu spät. Die fünfte Welle hätten wir nicht vermeiden können, aber das

hat man vor dem Sommer gewusst. Und erklärt wurde, die Pandemie ist beendet, und jetzt hinken wir schon wieder um Lichtjahre hintennach. Ich verstehe schon, das ist schwierig, und ich möchte niemand beneiden, der Entscheidungen treffen muss. Aber umso bedachtsamer und überlegter in dem Gesamtzusammenhang muss man sie treffen, und genau das geschieht nicht.

Niki Fellner: Jetzt gibt es natürlich genügend Kritik, die man äußern könnte, hier auch als Oppositionspartei. Dennoch ist es so, dass in Ihrer Partei anscheinend wieder ein Richtungsstreit ausgebrochen ist. Die einen sagen, Impfpflicht verschieben, die anderen sagen, nein, man muss das sofort umsetzen. Warum nützt die SPÖ jede Chance, um parteiintern zu streiten?

Hannes Androsch: Sie wühlen in meinen Wunden. Victor Adler hat 1889 die Partei geeinigt. Mich schmerzt heute noch zutiefst in der Seele das Pfeifkonzert am 1. Mai 2016 am Rathausplatz. Und man weiß, wer die Hinterpersonen waren. Man kann verschiedene Meinungen haben, aber Schulterschluss, Zusammenhalt, Solidarität als Zielsetzungen muss man zuerst selbst in der eigenen Partei leben.

Niki Fellner: Wer soll sich da Ihrer Meinung nach an der eigenen Nase nehmen? Sind das eher die Kritiker und Angreifer aus dem Burgenland und den Bundesländern? Oder ist es die Parteibfrau, die die Partei anscheinend nicht im Griff hat?

Hannes Androsch: Jeder, der eine Nase hat, soll sich bei der Nase nehmen – und es soll nicht eine Pinocchio-Nase sein.

Niki Fellner: Ich würde noch gern zum Thema Impfprämie kommen. Die Sozialpartner haben gesagt, bevor es zu einer Impfpflicht kommt, sollte man zuerst einmal über so eine Prämie nachdenken. Auch da gibt es unterschiedliche Vorschläge. Die SPÖ-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner hat 500 Euro vorgeschlagen. Die Gewerkschaft schlägt Gutscheine vor, um den österreichischen Handel zu beleben. Macht so eine Impfprämie Ihrer Meinung nach Sinn? Und glauben Sie, dass man damit die Impfquote heben könnte?

Hannes Androsch: Also ich möchte einmal daran erinnern, dass wir bis weit über die Mitte der 70er-Jahre eine sehr hohe Kindersterblichkeit hatten – Babysterblichkeit, wenn Sie so wollen. Und die Gesundheitsministerin Leodolter hat einen Mutter-Kind-Pass vorgeschlagen. Das heißt, Geburtenprämie und Familienbeihilfe – Kinderbeihilfe hieß es damals – sind an gewisse Bedingungen geknüpft: impfen, untersuchen lassen und Ähnliches. Der Familienlastenausgleich war im Finanzministerium, das haben wir unterstützt. Und in logischerweise wenigen Monaten, also etwas mehr als neun Monaten, hat sich das schon zum Erfolg niedergeschlagen. Also vielleicht sollte man sich das Beispiel des erfolgreichen, bis heute gültigen, fast schon 50 Jahre zurückliegenden Mutter-Kind-Passes vor Augen führen und überlegen. Aber jetzt einmal mitten oder nicht einmal noch im Höhepunkt der fünften Welle – das hätte man alles seit dem Sommer tun können und hat wieder verschlafen, weil da mussten wir ich weiß nicht, wie viele Regierungsmitglieder und zwei Bundeskanzler austauschen. Damit kommt man nicht sehr weit.

Niki Fellner: Sie sprechen es an: Die Impfkampagne liegt ja derzeit komplett brach.

Hannes Androsch: Gibt es sowas?

Niki Fellner: Ja, ich wollte gerade sagen, es gibt sie de facto momentan nicht. Aber wie müsste denn Ihrer Meinung nach so eine gescheite Impfkampagne aussehen?

Hannes Androsch: Ich bin kein Werbe- oder Marketingspezialist, aber jedenfalls auch dieses hätte man längst besser machen können. Wenn ich schon eingestehe, dass es am Anfang vor fast schon zwei Jahren neu war und man sich darauf erst einstellen musste, ist das für das zurückliegende Jahr nicht mehr zutreffend. Also statt dass man aus dem ersten Corona-Krisenjahr gelernt hätte, hat man die gleichen Fehler im zweiten wiederholt. Das ist nicht sehr erbauend. Aber immer wieder betont, dass es schwierig ist. Und man hätte von allem Anfang an einen nationalen Schulterschluss machen sollen und einen europäischen, angesichts einer Pandemie auch einen globalen – aber bei den geopolitischen Gegebenheiten zwischen China und USA und Europa und Russland und NATO vielleicht ein Wunschdenken.

Niki Fellner: Jetzt haben wir seit etwas über einem Monat auch einen neuen Bundeskanzler, Karl Nehammer, der dritte innerhalb kürzester Zeit.

Hannes Androsch: 52 Tage, ja.

Niki Fellner: Wie fällt Ihre erste Bilanz, sofern man sie ziehen kann, aus?

Hannes Androsch: Ich bin kein Punkterichter im Kürlaufen beim Eiskunstlauf. Was mich beschäftigt, ist, dass wir von dem notwendigen Tagesgeschehen und Maßnahmen – wie gesagt, wo ich niemanden um die Entscheidungen, die zu treffen sind, beneide – nicht nur wie das Kaninchen auf die Schlange starren. Wir müssen uns endlich damit beschäftigen, wie wir mit den Schäden der Corona-Krise und den Folgewirkungen – Long-COVID, wie das so schön heißt – zurande kommen. Und was machen wir hier? Und endlich uns den Zukunftsaufgaben widmen. Wir brauchen in Österreich nach aller Rückständigkeit, die sich noch verschärft durch die Krise, einen Aufholprozess. Wir brauchen einen Aufbruch, wir brauchen einen Modernisierungsschub, damit wir wieder Wettbewerbsfähigkeit dazugewinnen, die Standortattraktivität zunimmt und die Innovationsdynamik sich beschleunigt. Allein im Bildungswesen. Wir brauchen endlich die Ganztagschule. Wir brauchen endlich vom Kindergarten bis zum Schulende eine Digitalisierung. Wir brauchen ein 5G-Netz, wir brauchen eigenen Strom und nicht nur importierten Importstrom oder Kohlestrom oder fossile Energieträger. Wir brauchen Leitungsbau. Also es ist eine Fülle von Herausforderungen, Aufgaben, Nachholbedarf. Künstliche Intelligenz – Beispiel: Wir geben zusätzlich 7 Millionen aus und die Niederlande 2,1 Milliarden. Das ist eine Lachnummer.

Niki Fellner: Noch mal kurz zurückkommend zu Karl Nehammer. Der hat sich ja auch ein bisschen durch diesen neuen Stil hervorgetan in den letzten Wochen, zumindest bei Interviews. Sehen Sie da auch eine bewusste Abgrenzung zu seinem Vorgänger Sebastian Kurz? Oder ist das Ihrer Meinung nach eher Show?

Hannes Androsch: Also zunächst ist die Mannschaft des Kurz, die schriftlich erklärt hat, dass sie, wenn er geht, geschlossen auch ginge, geblieben – bis auf den hinausgeschmissenen Faßmann.

Niki Fellner: Und den Finanzminister Gernot Blümel –

Hannes Androsch: Ach so, ja, den hat's auch gegeben. Das ist der, der sich schon mit den Nullen nicht ausgekannt hat. Nehammer hat als Innenminister mit der Abschiebung von in Österreich geborenen Mittelschulmädchen und mit Versäumnissen bei der Terrorbekämpfung mit Toten schon eine gewisse Bilanz. Aber „give him the benefit of the doubt“ – nicht ganz nachvollziehbar. Man muss nicht

zum Neujahrskonzert gehen, aber sich entschuldigen, um dann in einer Silvesterschuhhütte in Massenversammlungen sich aufzuhalten, und dann muss ein armer Personenschutzbegleiter die Verantwortung übernehmen für Corona. Also sehr überzeugend ist das nicht unbedingt.

Niki Fellner: Also bisher hat er Sie noch nicht überzeugen können?

Hannes Androsch: Er hat noch immer den „benefit of the doubt“, aber wie gesagt, vom Sessel muss es einen nicht reißen. Und was sich jetzt am System geändert?

Niki Fellner: Kommen wir ein bisschen auf das heurige Jahr und auf den Ausblick auf die kommenden. Einerseits die wirtschaftliche Situation: Jetzt steht diese Omikron-Welle ja nicht nur vor der Tür, wir sind mittendrin. Sie haben ja gesagt, der Höhepunkt steht uns erst bevor. Heute 17.000 Neuinfektionen, es wird wohl in den nächsten Tagen noch weiter steigen. Wenngleich man dazusagen muss, in den Spitälern ist die Situation deutlich besser als bei der dritten Welle erfreulicherweise. Aber befürchten Sie, dass dieser massive Omikron-Anstieg der Wirtschaft jetzt den nächsten Dämpfer geben wird?

Hannes Androsch: Also erstens habe ich die optimistischen Prognosen der letzten zwei Jahre von allem Anfang an nie geglaubt. Das galt auch für die letzte, und das ist schon bewiesen, also ist auch schon wieder zurückgenommen worden – obwohl die Prognosen immer mit dem berechtigten Hinweis erfolgten, dass große Unsicherheit herrscht, was durchaus zutrifft. Wir haben – und das gilt dann im Übrigen auch für die Inflation – einen Zwiespalt. Manche Teile der Wirtschaft gehen sehr gut – ich kann das von meinen eigenen Firmen berichten und feststellen – und anderen geht es sehr schlecht, und die Auswirkungen werden wir noch zu spüren bekommen. Und da treten auch die Strukturschwächen damit auf. Das zeigt auch, dass wir die letzten 20 Jahre an Standortattraktivität verloren und an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben und sich die Innovationsdynamik verlangsamt hat, wenn man das mit der Schweiz oder den Niederlanden, Dänemark, Schweden vergleicht. Ich rede nicht von Singapur oder Südkorea. Das ist der Grund, warum ich meine, dass wir endlich an die Zukunft denken und einen Aufbruch in Angriff nehmen und einen Modernisierungsschub einleiten. Und das, meine ich, wäre die Aufgabe, um über die fünfte Welle hinauszudenken und uns mit der Gestaltung der Zukunft zu beschäftigen. Und da könnte ich jetzt eine lange Liste erzählen. Und das gilt übrigens auch für die Inflation. Es gibt erschreckende Zunahmen bei der Inflation: Energie, Transportkosten, Ähnliches. Das trifft die einkommensschwächsten Haushalte besonders stark, das trifft transport- und energieabhängige Unternehmungen besonders stark. Also es bedarf einer zukunftsorientierten, differenzierten Wirtschaftspolitik. Und wir müssen daran denken, dass wir unsere schon vor der Krise zerrütteten öffentlichen Finanzen – und das hat beträchtlich zugenommen – längerfristig wieder in Ordnung bringen. Nicht indem wir Schulden abbauen, aber die relative Schuldenhöhe und die Schuldendienstkosten wieder in den Griff bekommen.

Niki Fellner: Jetzt haben Sie die Schweiz angesprochen, die ja mit uns doch vergleichbar ist, sowohl von der Größe als auch von der geografischen Lage. Was machen die Schweizer denn besser als wir?

Hannes Androsch: Ja, alles Mögliche. Sie haben mehr für die Infrastruktur getan. Da braucht man sich ja nur den Gütertransitverkehr anzuschauen, das Mobiltelefonnetz ist ungleich besser, das öffentliche Nahverkehrssystem ist besser. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die Saline in Ebensee hat 300 Mitarbeiter. Bisher gab es

dort einen Eisenbahn-Bahnhof. Der ist aufgelassen worden, also müssen die Leute mit dem Auto fahren. Also was haben die dann von einem Klimaticket? Das heißt, was wir öffentlich verkünden, steht im Widerspruch zu dem, was gemacht wird. Daher sind wir in der Energiebilanz extrem abhängig von Importen, das Gleiche beim Strom, einschließlich Atomstromimporten, weil wir unsere eigenen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Und gleichzeitig verhindern und behindern wir alles und erklären Luftschlösser an Klimazielen. Also Sein und Schein klaffen immer mehr auseinander. Wir haben doppelt so viel Treibgasausstoß in Österreich pro Kopf und Jahr als die Schweiz. Seit 1995 hat sich bei uns die Treibhausgasemission um 15 Prozent erhöht. Eines der wenigen Ländern in der EU, die meisten anderen haben das reduziert – nicht genug, aber immerhin.

Niki Fellner: Sie haben die Inflation schon angesprochen, die ja derzeit auf einem extrem hohen Niveau ist. Wird das jetzt unser ständiger Begleiter werden, diese hohen Inflationswerte? Oder rechnen Sie hier doch mit einem Umdenken in der europäischen Zinspolitik, dass man die Inflation wieder reduziert?

Hannes Androsch: Die Zinspolitik ist in einem Dilemma. Auf der einen Seite müsste sie erhöhen, auf der anderen Seite darf sie nicht. Das nennt man Biflation. Das heißt, Teile der Wirtschaft sacken ab, andere gehen in die Höhe und vor allem die Preise. Wir haben eine Energiepreisexplosion ohne Energiewende – als Beispiel, wir haben darüber schon gesprochen. Das heißt, wir werden noch eine steigende Gesamtinflation haben, die wird sich wieder etwas beruhigen. Nicht zu dem alten Niveau unter 2 Prozent. In der Schweiz ist sie übrigens 1,1, während sie bei uns 4,5 und in Deutschland sogar über 5 ist. Aber bei uns kosten allein die Stromkosten 50 Prozent mehr als in Deutschland. Wir sind in keiner guten Lage. Daher ist Vorsicht geboten. Es hat ja begonnen mit den geringeren Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank. Man kann signalisieren, dass man inflationsbewusst ist, aber zu massiven Schritten ist es viel zu früh, daher ist das Erzeugen von Inflationsängsten. Allerdings mit dem Verständnis, dass partiell für den einzelnen Haushalt vor allem geringfügiger Einkommenshöhe die gegenwärtige Situation bedrohlich und für manche Industrien die Explosion von Energiepreisen, Transportkosten und Ähnlichem wettbewerbsbeeinträchtigend sind.

Niki Fellner: Bräuchte es da Ihrer Meinung nach so etwas wie einen Teuerungsausgleich, um die vor allem extrem hohen Energiepreise auch für die Privathaushalte auszugleichen?

Hannes Androsch: Man muss sich da aus Gründen der sozialen Verantwortung etwas überlegen, ohne wieder überall mit der Gießkanne drüberzufahren. Das Dilemma bei Sozialhilfen ist, dass es besonders teuer wird und nicht genug hilft, wo Not am Mann oder an der Frau besteht. Das gilt auch für die Wirtschaft. Wir haben auf der einen Seite zu wenig Förderung gehabt, die dann auch nicht ausbezahlt wurden, auf der anderen waren die Förderungen zu hoch. Also das ist ein Kuddelmuddel der besonderen Art, und das gilt auch für die Förderungen von klimaneutralisierten Maßnahmen. Da kriegt man nicht einmal nach 11 Monaten eine Antwort. Also das ist alles Schaumschlägerei, die wirklich ärgerlich ist. Und wenn man Maßnahmen setzen will, wird das nicht unterstützt, sondern vielfach behindert oder verhindert. Also die verkehrspolitischen Entscheidungen, die getroffen wurden – der Lobautunnel ist ein Beispiel. Und wir leiden immer noch unter der Verhinderung von Zwentendorf, von Hainburg, von Dorfertal, von Kaprun 3, der Illwerke und der Verhinderung der 380 kV-Leitung, damit der Strom von dort, wo er erzeugt wird, auch

dorthin kommt, wo man ihn braucht. Ohne den Atomstrom von Temelín sind wir im Winter in Ostösterreich und in Wien ohne Strom.

Niki Fellner: Abschließend noch: Es gibt eine große Wahl im nächsten Jahr – voraussichtlich, wenn es keine Neuwahl gibt – auf Bundesebene, und zwar die Bundespräsidentenwahl. Derzeit hat Alexander Van der Bellen noch nicht angekündigt, ob er antreten wird oder nicht, aber alle gehen davon aus. Sollte die SPÖ als staatstragende Partei Ihrer Meinung nach einen eigenen Kandidaten oder eine eigene Kandidatin aufstellen gegen Alexander Van der Bellen? Oder sollte man Alexander Van der Bellen unterstützen?

Hannes Androsch: Da gibt es ja genug Stimmen, die für die Unterstützung sprechen. Und außerdem, einen Wahlkampf zu verlieren hat die SPÖ nicht. Sie muss froh sein, wenn sie das Geld zusammenbringt, einen zu führen. Aber das gilt ja für die anderen Parteien auch.

Niki Fellner: Das heißt, Sie wären dafür, Alexander Van der Bellen zu unterstützen?

Hannes Androsch: Also wenn ein erfolgreicher Bundespräsident für eine zweite Periode antritt, hat er immer noch gewonnen. Also kann man sich die Übungen sparen. Wenn man es nicht tut – man hat ja gesehen, was zum Beispiel dem Kohl oder seinem Widersacher passiert ist.